



DER LANDTAGSWAHLHELFER FÜR KOMMUNIKATIONSPROFIS

Landtagswahlen 2026 in Baden-Württemberg
und Rheinland-Pfalz

1
Unsere
Motivation

2
Die Wahl-
systeme

3
Allgemeine
Informationen

5
Was Unternehmen
tun können

8
Best
Cases



UNSERE MOTIVATION

Im Jahr 2026 finden in Deutschland vier Landtagswahlen (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern) sowie die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Damit sind rund 16,5 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland aufgerufen, die Zusammensetzung ihres jeweiligen Landesparlaments zu bestimmen. Wie schon bei der Europawahl 2024 sowie der Bundestagswahl 2025 haben Unternehmen und Institutionen in diesen Bundesländern Interesse, ihre Unterstützung für unsere Demokratie zu zeigen.

Aber wie konkret können Unternehmen und Organisationen sich in der Zeit der bevorstehenden Landtagswahlkämpfe für unsere Demokratie einsetzen? Der BdKom möchte Kommunikationsprofis mit dem vorliegenden „Wahlhelfer“ bei ihren internen und externen Kommunikationsaktivitäten rund um die Landtagswahlen unterstützen und Vorschläge unterbreiten, wie Unternehmen und Organisationen aktiv werden können, indem sie z.B. interne Informationen und Veranstaltungen anbieten, einen Aufruf starten, zur Wahl zu gehen, einen Zeitbonus für Mitarbeitende ermöglichen, die sich als Wahlhelfende zur

Verfügung stellen, oder auch die Unterstützung von demokratiefördernden Initiativen initiieren. Der BdKom legt seit mehreren Jahren einen Schwerpunkt auf das Thema Kommunikation und Demokratie. Die Demokratie ist die Basis unseres professionellen Selbstverständnisses. Entsprechend setzen wir uns für Demokratie ein und unterstützen unsere Mitglieder dabei, dies im Rahmen ihrer Berufsausübung zu tun.

Die Grundlage für diesen Wahlhelfer haben wir 2024 im Vorfeld der Europawahlen gelegt. Wir haben uns entschieden, zunächst einen Wahlhelfer für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu erstellen. Die beiden weiteren Landtagswahlen sowie die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus nehmen wir zu einem späteren Zeitpunkt in den Blick.

Wir hoffen, dass viele Kommunikatorinnen und Kommunikatoren in diesem „Superwahljahr 2026“ daraus Nutzen ziehen werden.

Eure AG Kommunikation und Demokratie des BdKom: Anne Dreyer, Ariane Bauer, Felizitas Janzen, Uta Hellweg, Tobias Kaufmann, Regine Kreitz, Jutta Sesselmann, Sebastian Weinert

Das neue Wahlrecht in Baden-Württemberg

Nach der letzten Landtagswahl wurde in Baden-Württemberg ein neues Wahlrecht eingeführt. Am 8. März dürfen erstmalig alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 16. Lebensjahr über die Zusammensetzung des Landtages abstimmen.

Mit der Erststimme wählen die Bürgerinnen und Bürger eine direkt kandidierende Person in ihrem Wahlkreis. Wie bei Bundestagswahlen stellen die Parteien nun Landeslisten auf. Die Reihenfolge der Kandidierenden auf dieser Liste entscheidet darüber, wer über die Zweitstimme, die der Partei gilt, in den Landtag einzieht. Auch definiert der Stimmenanteil der Zweitstimme die prozentuale Zusammensetzung des Parlaments. Entgegen der Neuordnung des Wahlrechts auf Bundesebene werden Direktmandate nach dem neuen baden-württembergischen Wahlrecht jedoch nicht gekappt, sondern als Überhangmandate beibehalten. Die Überhangmandate der einen Partei werden wiederum mit zusätzlichen Mandaten, den sogenannten Ausgleichsmandaten, für die anderen Parteien vollständig ausgeglichen.

Weitere Informationen zum neuen Wahlrecht in Baden-Württemberg gibt es hier.

Das Wahlsystem in Rheinland-Pfalz

Die Abgeordneten für den rheinland-pfälzischen Landtag werden wie bisher nach den Grundsätzen einer mit einer Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt. Alle Wahlberechtigten haben zwei Stimmen, eine für die Wahl eines*r Wahlkreisabgeordneten, eine für die Wahl einer Landes- oder Bezirksliste einer Partei. Mit dieser Zweitstimme, auch Landesstimme genannt, entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die prozentuale Zusammensetzung des Landtages nach Parteien und Wählervereinigungen.

Weitere Informationen zum Wahlrecht in Rheinland-Pfalz gibt es hier.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Umfragen im Vorfeld der Landtagswahlen

Unterschiedliche **Meinungsforschungsinstitute** veröffentlichen vor den jeweiligen Landtagswahlen aktuelle Umfragen zur Wahlabsicht der Bürgerinnen und Bürger. Diese Umfragen haben Einfluss auf die Wahlentscheidungen jedes Einzelnen. Das gilt insbesondere dann, wenn Wählerinnen und Wähler

ihre Stimme taktisch abgeben. Die Volatilität des Wahlvolkes hat bei den zurückliegenden Wahlen, nicht nur in Deutschland, zu nicht immer stimmigen Vorhersageergebnissen geführt. Die Prognosen sollten daher nicht überinterpretiert werden.

Links zu unterschiedlichen Meinungsforschungsinstituten:

- **IfD Allensbach:** Eines der ältesten deutschen Institute, bekannt für klassische und tiefere gesellschaftliche Einstellungsanalysen.
- **Civey:** Digitales Umfrageinstitut, das Online-Befragungen (inkl. App/Web) mit sehr großen Stichproben und häufigen, schnellen Trend-Updates verbindet.
- **Forsa:** Privatwirtschaftliches Institut, das vor allem durch regelmäßige politische Sonntagsfragen und Meinungsumfragen präsent ist.
- **Forschungsgruppe Wahlen:** Institut mit starkem Fokus auf Wahlforschung und politische Einstellungen, u. a. bekannt durch das „Politbarometer“ (ZDF).
- **Infratest dimap:** Institut mit Schwerpunkt auf Politik- und Sozialforschung, besonders sichtbar durch Wahlprognosen und Hochrechnungen für ARD/WDR.
- **INSA:** Institut, das häufige politische Umfragen und „Sonntagsfragen“ veröffentlicht.

Der Einfluss der Welt- und Bundespolitik auf die Landtagswahlen

Zurückliegende Landtagswahlen haben gezeigt, dass (inter-)nationale Ereignisse und das Regierungshandeln auf Bundesebene in unterschiedlichem Maße Rückwirkungen auf Landtagswahlergebnisse haben können. Dies ist maßgeblich von der politischen Großwetterlage abhängig, aber auch davon, inwieweit es den Parteien in den Bundesländern gelingt, eigene politische Inhalte zu setzen oder diese von den Wählerinnen und Wählern bestimmt werden. Viele der vor Ort wahlkämpfenden Landesparteien wünschen sich Rückenwind seitens ihres Bundesverbandes, zumindest jedoch keine Störfeuer aus der Hauptstadt. Beide Landtagswahlen stehen im Fokus bun-

desweiter Beobachtung und können teilweise als Stimmungstest für die Arbeit der Bundesregierung interpretiert werden.

Politische Beobachter vermuten jedoch für beide Landtagswahlen, dass Landesthemen eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung spielen werden. In beiden Bundesländern kandidieren die bei der letzten Wahl angetretenen Ministerpräsidenten nicht erneut für dieses Amt. Damit spielt auch der Bekanntheitsgrad der jeweiligen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien eine nicht unwichtige Rolle für die Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler.

Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung

Die (partei-)politischen Diskussionen zum Wahlergebnis, zu Koalitionsoptionen und zur Regierungsbildung beginnen unmittelbar nach Schließung der Wahllokale und der Veröffentlichung der ersten Hochrechnungen. Das amtliche Endergebnis der Landtagswahl legt die Sitzverteilung im Landtag fest. Zeitnah bilden sich die Fraktionen. Erhält keine Partei die absolute Mehrheit der Sitze, suchen sich (in der Regel mit einem ersten Initiativrecht beim Wahlsieger) die einzelnen Parteien Koalitionspartner. Die Koalitionsfraktionen handeln einen Koalitionsvertrag aus, auf dessen Grundlage sie in den kommenden fünf Jahren regieren wollen. Dabei werden die Parteien bzw. ihre Landtagsfraktionen Kompromisse

eingehen, die in der Regel nicht 1:1 wiedergeben, was in den Wahlprogrammen stand. Diese Kompromissfähigkeit und die Bereitschaft, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, ist nicht Teil irgendeines politischen Debakels, sondern zwingend notwendig, um in Ländern mit einem Verhältniswahlrecht und einer Pluralität vieler Parteien zu Kompromissen und einer Regierungsfähigkeit von Koalitionen zu gelangen. Nach Zustimmung durch die an der zukünftigen Regierungskoalition beteiligten Landtagsfraktionen bzw. die Mitglieder der dahinterstehenden Parteien, wählen die Koalitionspartner den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin.

Links zu weiterführenden Informationen

Eine Vielzahl von Informationen zur Landtagswahl in **Baden-Württemberg** gibt es auf den nachfolgenden Seiten:

- Landtagswahl 2026 des **Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen des Landes Baden-Württemberg** (Landeswahlleitung)
- Landtagswahl 2026 der **Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg**
- **Einfach wählen gehen!** Informationen zur Landtagswahl in Baden-Württemberg in leichter Sprache
- **Landtagswahl 2026 in BW und RLP: Das müssen Sie wissen** - SWR Aktuell, Informationen des Südwestrundfunks

Eine Vielzahl von Informationen zur Landtagswahl in **Rheinland-Pfalz** gibt es auf den nachfolgenden Seiten:

- Die Wahl zum **19. Landtag Rheinland-Pfalz** im März 2026, Informationen des Landeswahlleiters Rheinland-Pfalz
- Landtagswahl 2026, **Informationen der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz**
- **Landtagswahl 2026 in BW und RLP: Das müssen Sie wissen** - SWR Aktuell, Informationen des Südwestrundfunks



WAS UNTERNEHMEN UND ORGANISATIONEN TUN KÖNNEN

Informationen für Mitarbeitende bereitstellen

Erstellt ein Informationsangebot für Mitarbeitende im Intranet. Nutzt dazu diesen Leitfaden bzw. das aktuelle Informationsmaterial der jeweiligen Landtage oder auch der Landeszentrale für Politische Bildung.

Interne Wahlaufrufe veröffentlichen

Postet einen Wahlaufruf eurer Unternehmensführung, ggf. gemeinsam mit der Arbeitnehmervertretung. Alternativ könnt ihr auch die Aufrufe der Landtage, der Landeswahlleitungen oder der örtlichen Kommune über das Intranet bzw. eure internen Kanäle verbreiten.

Informationsveranstaltungen für Mitarbeitende anbieten

Informationsveranstaltungen, in Präsenz oder online, an denen Mitarbeitende freiwillig teilnehmen können, sind eine gute Möglichkeit, nicht nur zu informieren, sondern auch ins Gespräch zu kommen. Ladet die örtlichen Landtagswahl-Kandidatinnen und -Kandidaten zur Diskussion ein. Alternativ: Wenn es am Standort eine Hochschule, eine wissenschaftliche Einrichtung, eine politische Forschungseinrichtung oder Stiftung gibt, organisiert die Diskussion mit einer Wahlforscherin oder einem Politikwissenschaftler und ladet dazu z.B. die Chefredakteurin oder den Politikchef des örtlichen Mediums ein.

Aktion „Wahlhelfende werden“ durchführen

Ruft die Mitarbeitenden zur aktiven Beteiligung am Wahlvorgang auf. Städte und Gemeinden suchen dringend Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, die am Wahltag im Wahllokal den Wahlakt organisieren bzw. beaufsichtigen oder anschließend die Wahlzettel auszählen. Noch glaubwürdiger ist ein solcher Aufruf, wenn das Unternehmen ihn anerkennt, zum Beispiel durch einen Arbeitszeitbonus für Mitarbeitende, die mitmachen, und einem entsprechenden Posting im Intranet. Auf den Websites der Kommunen, Bezirke, Landeswahlleitungen gibt es weitere Informationen, wie man Wahlhelfer*in werden kann. Das Bundesministerium des Inneren und für Heimat hat alle grundlegenden Informationen zur Wahlhelfertätigkeit auf seine Website gestellt. Ebenso das **Serviceportal Baden-Württemberg** sowie das **Serviceportal Rheinland-Pfalz**.

Erstwähler*innen informieren

Das Wahlalter bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg liegt bei 16 Jahren, in Rheinland-Pfalz bei 18 Jahren. Informiert insbesondere Auszubildende, die erstmals ihre Stimme abgeben dürfen, und werbt für den Gang an die Wahlurne.

Für den Wahl-O-Mat werben

Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung ist ein Klassiker, den es auch zu den beiden anstehenden Landtagswahlen geben wird. Der Wahl-O-Mat startet für **Baden-Württemberg** am 09. Februar, für **Rheinland-Pfalz** am 19. Februar.

Auf TV-Duelle hinweisen

Eine wichtige Informationsquelle über politische Programme und Kandidaten der Parteien sind die Debatten und Duelle, die über das Fernsehen ausgestrahlt werden. Alle geplanten TV-Duelle hier im Überblick:

- **24. Februar 2026:** Triell Baden-Württemberg im SWR Fernsehen
- **10. März 2026:** Duell Rheinland-Pfalz im SWR Fernsehen

Optionen zum Fakten-Check anbieten

Leider ist zu befürchten, dass Falschinformationen („Fake News“), teilweise aus dem Ausland gesteuert, Teil der Landtagswahlkämpfe sein werden. Weist eure Belegschaft darauf hin, wie sie politische Behauptungen und Fakten checken können.

Nachfolgend eine Auswahl:

- **CORRECTIV.Faktencheck**
- **Faktenfinder – Fakten-Checks und Hintergründe | tagesschau.de**
- **Faktencheck – Europäische Kommission**
- **Faktencheck -DW**

Der Wahlauftritt als Teil eines breiteren Engagements für Demokratie

Angesichts gesellschaftlicher Spannungen sowie zunehmender antidemokratischer und fremdenfeindlicher Umtriebe entscheiden immer mehr Unternehmen, dies ihren Mitarbeitenden zu adressieren und sich für Demokratie und Weltoffenheit zu engagieren. Unser Wahlhelfer will Kommunikator*innen dabei unterstützen, genau dies im Fall der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz umzusetzen. Was aber, wenn das eigene Unternehmen hier bislang noch sehr zurückhaltend oder unentschlossen war und sich das nur langsam ändert? Kommunikationsprofis wissen, dass eine Von-Null-auf-Hundert-Strategie selten glaubwürdig und erfolgreich ist, es sei denn, sie ist gut durchdacht, begründet und geplant. Wenn das nicht gegeben ist, stellt die bevorstehende Bundestagswahl möglicherweise ein zu enges zeitliches Korsett dar. Dann ist es besser, die eigene Haltung zunächst in einem internen Prozess zu erarbeiten. Die gute Nachricht: Kein Unternehmen muss diese Aufgabe allein stemmen.

Links zu Unterstützungsangeboten in Baden-Württemberg

- **Beteiligungsportal Baden-Württemberg:** Ein Online-Portal, um sich über Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg zu informieren.
- **Demokratiezentrum Baden-Württemberg:** Das Demokratiezentrum bietet Beratung und Informationen um das Thema Demokratie an.
- **Baden-Württemberg-Stiftung:** Mit einem Politechathon wird gezeigt, wie KI zur Stärkung der Demokratie eingesetzt werden kann.
- **Landeszentrale für Politische Bildung:** Der Schwerpunkt „Demokratie stärken“ bietet u. a. Beratungsangebote gegen Extremismus & Menschenfeindlichkeit.
- **Bündnis Demokratie & Menschenrechte Baden-Württemberg:** Das Bündnis hat eine Erklärung verfasst und plant zahlreiche Veranstaltungen zur Demokratiestärkung.
- **Zentrum für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg:** Hier gibt es eine Übersicht über Initiativen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.
- **IHK Region Stuttgart:** In der Region engagieren sich viele Unternehmen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Meinungsfreiheit.
- **Studienhaus Wiesneck:** Das Institut ist eine überparteiliche Bildungs- und Tagungsstätte für Jugendliche und Erwachsene und bietet Seminare zur Demokratieförderung an.

Links zu Unterstützungsangeboten in Rheinland-Pfalz

- **Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung:** Servicestelle für die ehrenamtlich Tätigen im Land, für Vereine, Verbände und Initiativen sowie Kommunen.
- **Stiftung Hambacher Schloss:** Kostenlose Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler zur Stärkung der Demokratiebildung.
- **IHK Pfalz:** Eine Social Media-Kampagne macht Unternehmen als Demokratiebotschafter sichtbar.
- **Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz:** Auf der Website finden sich diverse Angebote und Publikationen rund um das Thema Demokratie.

Zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote

Es gibt zahlreiche zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote und Zusammenschlüsse, in deren Rahmen Unternehmen gemeinsam aktiv werden. **Hier eine Auswahl:**

Business Council for Democracy

Der Business Council for Democracy (#BC4D) wird von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und dem Institute for Strategic Dialogue getragen. Der Grundgedanke: Weil Arbeitgeber viel Vertrauen bei ihren Beschäftigten genießen, haben sie auch besondere Möglichkeiten, etwas für die Demokratie zu tun. Am Arbeitsplatz lassen sich respektvoller Umgang mit Andersdenkenden und Pluralismus üben und reflektieren. #BC4D bietet kostenlose Medienkompetenzworkshops, vernetzt teilnehmende Arbeitgeber und bringt Akteurinnen und Akteure zusammen, die in diesem Themenbereich arbeiten.

Charta der Vielfalt

Charta der Vielfalt e. V. ist Deutschlands größte Arbeitgebendeninitiative zur Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt. Über 5.500 Organisationen haben die Selbstverpflichtung Charta der Vielfalt bereits unterzeichnet. Der gemeinnützige Verein unterstützt durch Publikationen, Aktionstage und weitere Projekte bei der Umsetzung von Diversity Management in der eigenen Organisation. Dazu gehört zum Beispiel die Ausrichtung des Deutschen Diversity Tages.

PHINEO AG

Die gemeinnützige PHINEO AG stärkt strategisches gesellschaftliches Engagement und begleitet all jene, die einen positiven gesellschaftlichen Impact erreichen wollen – Unternehmen, Stiftungen, Nonprofits und die öffentliche Hand.

Vereint für Demokratie

Vereint für Demokratie greift die Tatsache auf, dass viele Unternehmen nicht nur Haltung zeigen, sondern auch handeln wollen. Das Bündnis besteht aus Allianz Foundation, Business Council for Democracy, ProjectTogether, Scholz & Friends, Charta der Vielfalt und weiteren Organisationen. In einem Fonds bündelt die Initiative finanzielle Mittel von Unternehmen und Stiftungen für eine schnelle und unbürokratische Vergabe an Organisationen aus der Zivilgesellschaft, die mit bewährten Ansätzen Demokratie stärken.

BEST CASES

VAUDE

Der Sportartikelhersteller steht für Nachhaltigkeit, Haltung und unternehmerische Verantwortung in der Lieferkette und setzt sich für den Schutz der Demokratie ein.

Mercedes-Benz

Der Automobilhersteller ist mit rund 70.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in Baden-Württemberg und setzt sich gegen Rassismus und Antisemitismus und für die Demokratie ein.

Robert Bosch Stiftung

Die Stiftung fördert Demokratiebildung und - gemeinsam mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung - die Initiative Business Council for Democracy (#BC4D), ein Angebot sich zu vernetzen und Mitarbeitende zu schulen.

Verband Südwestmetall und IG Metall

Die beiden Organisationen haben gemeinsam mit ihren Mitgliedsunternehmen eine Erklärung gegen Extremismus und für die Demokratie verfasst.

Bündnis „Demokratie gewinnt!“

Die Mitglieder des rheinland-pfälzischen Bündnisses „Demokratie gewinnt!“ engagieren sich für ein friedliches, ein offenes, ein solidarisches Rheinland-Pfalz. In dem Bündnis sind neben Zivilgesellschaft und Politik auch viele Unternehmen vertreten.

Unternehmer Baden-Württemberg

Der Unternehmerverband bietet seinen Mitgliedern ein Special (Positionspapier, Veranstaltungsreihe) zu den Landtagswahlen 2026 an.

CALL TO ACTION

**Ihr kennt Best Cases von
Unternehmen und Organisationen,
die Demokratie fördern?**

**Dann gebt uns Bescheid
und schickt uns eine E-Mail an:
info@bdkom.de**

BdKom (Bundesverband der Kommunikatoren e.V.)

Werderscher Markt 13

10117 Berlin

Tel. +49(0)30/84 85 94 00

info@bdkom.de

www.bdkom.de

#KommunikationVerantworten